

Französisch vor Englisch?

Sprachendebatte Die Frage der Früh-Fremdsprache soll neu aufgerollt werden.

VON HANS FAHLÄNDER

Die Präsidien der kantonalen Lehrerverbände wollen neu eine Landessprache als erste Primarschul-Fremdsprache festlegen. Dies ist das Ergebnis einer Konsultativabstimmung an der Präsidentenkonferenz des Lehrerdachverbandes LCH und des Syndicat des enseignants romands SER in Bern. Der Entscheid fiel mit nur einer Nein-Stimme bei einigen Enthaltungen. Ein Koordinationsausschuss muss nun einen definitiven Antrag ausarbeiten, welcher der Politik zugeleitet werden soll.

Die Enthaltung von Bern

Vom Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverband (alv) waren die neue Präsidentin Elisabeth Abbasi und Kathrin Scholl, die stellvertretende Geschäftsführerin, in Bern dabei. «Wir haben uns namens des alv der Stimme enthalten», bekennt Kathrin Scholl auf Anfrage. «Es blieb uns keine andere Wahl, weil es in unserem Verband noch keine breit abgestützte Diskussion zu diesem Thema gab und wir deshalb über kein Mandat verfügten.»

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK verlangt zwei Primarschul-Fremdsprachen, die Reihenfolge überlässt sie den Kantonen. Als Folge davon ist die Deutschschweiz ein Flickenteppich: Die Kantone in der Nähe der Sprachgrenze setzen auf Französisch, die Inner- und Ostschweiz inklusive Zürich und Aargau auf Englisch zuerst. Die welschen Kantone haben einheitlich Deutsch zuerst. Bisher pochten die Lehrerverbände auf eine Vereinheitlichung, ohne aber eine bestimmte Reihenfolge zu verlangen. Das Signal

von Bern läutet nun eine Kehrtwende zugunsten des Französisch ein.

In der Sprachendebatte überlagern sich zwei Teildebatten: Zum einen geht es um die Frage, ob zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe nicht schwächere Kinder überfordern. Mit dem Thurgau und Nidwalden haben die ersten zwei Kantone den Rückwärtsgang Richtung nur noch eine Fremdsprache eingelegt. Weil beide Englisch zuerst haben, wird Französisch auf die Oberstufe verdrängt. Hier kommt die zweite Debatte ins Spiel: Es könne nicht sein,

«Die Reaktion der Roman- die hat uns beeindruckt.»

Kathrin Scholl stv. Geschäftsführerin alv

dass auf der Primarstufe zwar Englisch, aber keine zweite Landessprache unterrichtet werde, finden neben Bundesrat Berset und der gesamten Romandie auch viele Deutschschweizer. Sie fürchten um den Zusammenhalt des Landes.

Aargau soll nicht passiv bleiben

Die Position des alv umfasste bisher zwei Punkte: Es braucht unbedingt eine qualitativ gute landesweite Vereinheitlichung. Und: Man könnte die zweite Fremdsprache auch als Wahlfach anbieten, damit schwächere Kinder davon befreit werden könnten. Will der alv in der brisanten Frage der «richtigen» Reihenfolge nach der Enthaltung von Bern weiterhin passiv bleiben?

«Nein!», betont Kathrin Scholl. «In der Geschäftsleitung sind wir uns einig: Die Frage gehört möglichst rasch auf den Tisch. Die Argumente der Roman- die sind staatspolitisch beeindruckend. Dazu kommt die Forderung nach landesweiter Einheitlichkeit. Wir werden die Debatte zuerst verbandsintern führen und dann mit einem Antrag an die Politik gelangen.»



Unterkünften einquartiert werden.

KEYSTONE

So lebte ich mit Asylsuchenden im Bunker

Erfahrungsbericht Journalist Mario Fuchs wollte es wissen. Er lebte vor zwei Jahren einen Monat lang mit Asylsuchenden unterirdisch - und erinnert sich bis heute gerne daran.

Die schwere Bunkertür steht immer offen. Wer eintritt, riecht Curry und Waschlauge. Über dem Türrahmen klebt das Logo der sri-lankischen Widerstandsarmee Tamil Tigers. Auf einem Tisch steht ein Telefon, links im Raum hängt ein Wandregal, darauf liegen ein Multipack Zahnpasta, eine Rolle Abfallsäcke, eine alte Dartsscheibe. Die Betonböden sind mit Spannteppich abgedeckt.

Diese Zivilschutzanlage befindet sich direkt unter dem Verwaltungsgebäude der beiden Thurgauer Gemeinden Rickenbach und Wilen. Während vier Jahren hatten sie ihre Asylsuchenden dort einquartiert. Im Februar dieses Jahres wurde die Unterkunft geschlossen, da es keine neuen Zuweisungen mehr gab -

jetzt, Anfang September, öffnet sie wieder. Die Amtsleiter in Rickenbach und Wilen haben das gleiche Problem wie ihre Aargauer Kollegen: Sie finden keine Häuser, keine Wohnungen für Asylsuchende. Wer ein Objekt zu vermieten hat, lässt es lieber leer stehen, als junge Eritreer oder Syrer darin unterzubringen.

Statt auf einem Bettrost im Einzelzimmer liegt man auf einer Pressholzplatte in einem Raum, der 24

«Die schönsten Momente gibt es, wenn Kulturen ausgelebt werden.»

Mario Fuchs Journalist

Personen Platz böte. Liegt man in der obersten Etage, beginnt 50 Zentimeter über dem Kopf die Betondecke. Sie ist unaufdringlich pastellgrün gestrichen: damit sie einem ja nicht zu nahe kommt.

Die Bewohner in Rickenbach haben alles, was das Leben unter dem Boden so angenehm wie möglich macht: Licht, Wärme, Heisswasser. Fernseher, DVD-Player, WLAN. Waschmaschine, Tumbler, Küche. Was fehlt, ist Tageslicht. Dafür hatte das Sozialamt auf der Wiese neben

dem Gemeindehaus einen Wohncontainer aufgestellt. Von Montag bis Freitag gibt es Schul- und Arbeitstage. Das sorgt für Abwechslung und Frischluft. Der Rest der Zeit ist frei. Die Asylsuchenden lernen Deutsch, kochen, spielen Fussball, reden. Sie schlafen, kaufen ein, surfen im Internet, putzen. Mithelfen, die Unterkunft sauber zu halten, muss jeder. An ein Holzregal gehaftet ist der «Putzenplan». «Den Anordnungen des Zimmerchefs ist Folge zu leisten», heisst es in der Hausordnung, die auch in tamilischer Übersetzung erhältlich ist.

Die schönsten Momente gibt es, wenn Kulturen ausgelebt werden. Wenn Hamid afghanisches Kado, einen Eintopf aus Zucchetti, Tomaten, Zwiebeln, viel Öl und Gewürzen kocht und dazu selbst gemachtes Naan-Brot backt. Gourmet geht auch unter Tage. Wenn die Tamilen ausgelassen zu einem Kollywood-Film, dem tamilischen Pendant zum Bollywood, tanzen und singen. Wenn Lasha, ein orthodoxer Christ, in seinem Zimmer still zu Gott beten kann und Hamid nebenan seinen Teppich nach Mekka ausrichtet. Denn auch das ist unter dem Boden nicht anders: Man arrangiert sich.»

Wirtschaft hat kein Vertrauen in Politik

KMU-Swiss-Podium Eine neue Studie zeigt: Nur 14 Prozent der befragten Führungskräfte aus der Region haben Vertrauen in die Politik.

VON FABIAN HÄGLER

«Die Kunst des Vertrauens.» So hiess das Motto des KMU-Swiss-Podiums, das gestern im Campussaal Brugg-Windisch stattfand. Veranstalter Armin Baumann präsentierte den Teilnehmern eine Studie, die sein Verein in Zusammenarbeit mit Demoscope durchgeführt hat. Das bemerkenswerteste Resultat: Von den 297 Studienteilnehmern haben nur gerade 14 Prozent ein grosses oder sehr grosses Vertrauen in die Politik. «Dies ist insofern beängstigend, da die Politik die Grundlagen für eine gesunde Wirtschaft bilden muss», kommentiert Baumann.

«Wenn man Vertreter von Lobby-Organisationen aus der Wirtschaft fragen würde, wäre das Vertrauen in die Politik vielleicht höher, aber bei KMU-Vertretern ist dies nicht der Fall», sagt er. Aus seiner Sicht werden in Bern und Aarau «viele Themen diskutiert, die irrelevant sind für die Wirtschaft».

Verständnis für Wirtschaft fehlt

Baumann findet, die Politik setze die falschen Schwerpunkte, um die Wirtschaft zu unterstützen. «In der Schweiz werden Forst- und Landwirtschaft stark subventioniert, Kultur grosszügig unterstützt und Grossunternehmen wie zum Beispiel Banken mit Milliarden

gerettet - für die KMU tut die Politik aber relativ wenig Spürbares.»

Etwas grösser ist das Vertrauen der KMU-Vertreter zu den Rahmenbedingungen der Politik wie Recht oder Branchenverbänden. 43 Prozent der Befragten gaben gross oder sehr gross an.

Baumann sagt, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft seien im Aargau relativ gut. «Dennoch gibt es viele einschränkende Faktoren.» Wirtschaftsvertreter würden merken, «dass viele Politiker keine unternehmerischen Fähigkeiten haben». Baumann findet auch, vielen Politikern fehle das Verständnis für die Bedürfnisse der verschiedenen KMU.

Bessere Rahmenbedingungen

Aufgabe der Politik wäre es aus seiner Sicht, der Wirtschaft ein optimales Spielfeld zur Verfügung zu stellen. «Dort sollten sich die Player möglichst frei und flexibel bewegen können.» In einigen Fällen dominieren laut Baumann aber Parteiprogramme oder persönliche Interessen. «Dabei geht zum Teil das Wohl der Wirtschaft aus den Augen verloren, die Arbeitsplätze schafft und damit die Basis für unseren Wohlstand bildet.»

Die richtigen Institutionen, um das Vertrauen in die Politik zu verbessern, sind für Baumann die Wirtschaftsverbände. «Ihre Führungskräfte sind meist auch politisch tätig. Leider müssen sie zum Teil im Sinn ihrer Partei oder politischen Karriere Abstriche machen, wenn es um die Vertretung von Interessen geht.» Wichtiger sei, dass sich Branchen, die von Einschränkungen betroffen sind, wirksamer wehren.